



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 14. Juli 2010

## Aus Berlin

---

### Bayerische Hausärzte wollen Kassenzulassung zurückgeben

Die Regierungspläne, das Vergütungsniveau bei Hausarztverträgen mit dem im System der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) gültigen Honorarniveau zu vereinheitlichen, haben bei Hausärzten starken Widerstand ausgelöst: Medienberichten zufolge wollen Hausärzte in Bayern aus Protest nun ihre Kassenzulassung zurückgeben und damit aus dem Kollektivvertrag austreten. In Bayern wird der Ausstieg aus dem KV-System bereits für Ende des Jahres anvisiert. Diese Aktionen könnten auch auf andere Bundesländer ausgedehnt werden. Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) ließ sich angesichts der Proteste nicht beirren und bekräftigte, Hausärzte bei künftigen Honorarerhöhungen nicht besserzustellen als andere Mediziner. „Das Gesundheitssystem angesichts der zu erwartenden Ausgabensteigerung der nächsten Jahre robuster aufzustellen, ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, argumentierte Rösler. Dem Koalitionsvertrag zufolge haben die Hausarztverträge aber weiterhin Rechtssicherheit.

Dr. Gabriel Schmidt, erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KV Bayerns, stellte angesichts der Debatte klar, dass er für Hausarztverträge ist, die auf dem Kollektivvertrag basieren und ihn ergänzen. Er forderte: „Wir brauchen einen starken Kollektivvertrag. Und wir brauchen eine gemeinsame Vertretung aller niedergelassenen Ärzte. Nur so können wir unsere Interessen und die unserer Patienten angemessen gegenüber Politik und Krankenkassen vertreten.“ (Agenturmeldungen, 13. und 14. Juli, [Pressemitteilung der KV Bayerns, 9. Juli](#))

### Rösler ernennt neuen Sachverständigenrat

Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) hat einen neuen Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen ernannt. Rösler sagte anlässlich der Ernennung: „Ich bin sicher, dass auch der neue Rat wertvolle Impulse für künftige gesundheitspolitische Entscheidungen geben wird. Ich freue mich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Ratsmitgliedern.“ Neu in den Sachverständigenrat berufen wurden Prof. Wolfgang Greiner, Prof. Doris Schaeffer und Prof. Gregor Thüsing. Dafür scheidet Prof. Adelheid Kuhlmei, Prof. Gerd Glaeske sowie Prof. Rolf Rosenbrock aus dem Gremium aus. In das Amt des Vorsitzenden wählten die Mitglieder Prof. Eberhard Wille. Prof. Matthias Schrappe wird stellvertretender Vorsitzender. Seit 25 Jahren fertigt der Rat unabhängige wissenschaftliche Analysen an und gibt Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität und Effizienz in der Gesundheitsversorgung. ([Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit, 14. Juli](#))

### CDU ist uneins: Diskussion um Homöopathie auf Kassenkosten

In der aktuellen Diskussion um die Kostenerstattung der homöopathischen Therapie in den gesetzlichen Krankenkassen, zeigt sich die CDU uneins. Baden-Württembergs Sozialministerin, Monika Stolz von der CDU, erklärte, dass die Homöopathie eine gute kostengünstige Ergänzung sein könne. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU, Jens Spahn, ist da anderer Meinung. Medienberichten zufolge forderte er: „Wenn die SPD will, können wir das sofort streichen, da es keinen wissenschaftlichen Nachweis für den Nutzen gibt.“ Die Wahltarife zu der Erstattung von homöopathischen Mitteln waren unter der rot-grünen Regierung eingeführt worden. Bislang werden homöopathische Mittel von den gesetzlichen Krankenkassen nicht erstattet, es sei denn, ein Versicherter hat einen entsprechenden Wahltarif abgeschlossen.

In der Regierung und der Opposition brach die Diskussion aus, da der gesundheitspolitische Experte der SPD, Karl Lauterbach, gefordert hatte, gesetzlichen Krankenkassen die Bezahlung von Homöopathie zu verbieten. Im Gegensatz zu Lauterbach und Spahn will Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) an der Behandlung auf Kassenkosten festhalten, solange die Allgemeinheit damit nicht belastet würde. „Grundsätzlich spricht nichts gegen Wahltarife, auch nicht bei der Homöopathie“, sagte Rösler. Er wolle die Wahltarife dennoch überprüfen.

Auch die Grünen und die Linke wollen an der Kostenerstattung der homöopathischen Therapie festhalten. Florian Lanz, Sprecher des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), warnte vor der Abschaffung der Wahltarife. „Der Gesetzgeber hat den Krankenkassen ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, solche Tarife und Verträge abzuschließen. Dass einige Kassen diese Leistungen anbieten und andere nicht, ist ein sichtbarer Ausdruck für die Verschiedenheit der einzelnen Krankenkassen und zeugt von dem funktionierenden Wettbewerb untereinander“, so Lanz. Auch der Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller kritisierte die Forderung des SPD-Politikers Lauterbach. Würde ein Verbot ausgesprochen, verhindere dies den Wettbewerb unter den Kassen. (Agenturmeldung, 12. Juli, [Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 12. Juli](#))

## Aus KBV und KVen

---

### Neue Telefonnummer für ärztlichen Bereitschaftsdienst kommt

Im nächsten Jahr können Patienten den ärztlichen Bereitschaftsdienst bundesweit unter der kostenlosen Rufnummer 116 117 erreichen. Die Bundesnetzagentur vergab an die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) und an die KBV den entsprechenden Zuschlag.

Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, erklärte: „Mit der Rufnummer 116 117 bieten wir ab 2011 einen deutschlandweit einmaligen Service. Bislang gibt es viele unterschiedliche Rufnummern für den ärztlichen Bereitschaftsdienst, oft sogar mehrere in einem Bundesland, die überdies schwer zu merken sind. Das wollen wir ändern. 116 117 ist künftig in nicht lebensbedrohlichen Situationen der direkte Draht zum Arzt. Nur das KV-System ist in der Lage, ein solches Angebot für alle Versicherten auf die Beine zu stellen.“

Die Initiative zu der bundesweit einheitlichen Bereitschaftsnummer kam von der KV Brandenburg. Dort wurde das Vorhaben in einem Pilotprojekt getestet. Die Bereitschaftsdienstnummer 116 117 darf nicht mit dem Notdienst verwechselt werden, der in lebensbedrohlichen Fällen unter der Nummer 112 Hilfe leistet. ([Pressemitteilung der KBV, 12. Juli](#), [Pressemitteilung der KV Brandenburg, 13. Juli](#))

### KV-on: Was hält KBV-Chef Köhler von einer Nullrunde für Ärzte?

Die Krankenkassen fordern weiterhin Einschnitte bei den Honoraren für die Niedergelassenen. Per Videobotschaft nimmt Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, Stellung zur Forderung nach einer Nullrunde für Ärzte. ([Videopodcast auf KV-on, dem Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen](#))

### Ärztmangel: Köhler spricht sich für kleinräumigere Bedarfsplanung aus

Das oberste Beschlussgremium von Ärzten, Kliniken und Krankenkassen, der Gemeinsame Bundesausschuss, will sich mit dem Thema Ärztemangel befassen, der vor allem in ländlichen Gebieten droht. Entsprechende Schritte zur Lösung des Problems hatte ebenso Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) angekündigt. Die KBV fordert angesichts des drohenden Ärztemangels eine umfassende Reform. Der KBV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Andreas Köhler, sprach sich hierbei für eine kleinräumigere Bedarfsplanung aus. „Alle Maßnahmen müssen so ausgerichtet sein, dass auch mit einer kleineren Zahl von Ärzten eine Versorgung auf hohem Niveau gewährleistet werden kann“, sagte der KBV-Chef. Es gelte den Arztberuf attraktiv zu machen und damit die flächendeckende Versorgung zu erhalten. Dazu seien bessere

Arbeitsbedingungen für Ärzte, ein Bürokratieabbau und angemessene Honorare notwendig. (Agenturmeldung, 14. Juli)

### **KV Hamburg: Deutliches Votum für Dr. Michael Späth**

Ärzte und Psychotherapeuten der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Hamburg haben die Mitglieder der Vertreterversammlung (VV) des Parlaments der KV, neu gewählt. In der VV sind insgesamt 27 Sitze für Ärzte und drei für die psychologischen Psychotherapeuten reserviert. Die KV-Führung wurde bei der Wahl mit einer großen Mehrheit bestätigt.

Die Liste des Vorsitzenden der Vertreterversammlung, Dr. Michael Späth, bekommt zwölf Sitze. Die von Dr. Stephan Hofmeister neu gegründete Liste „Hausärzte in Hamburg“ ist mit drei Delegierten vertreten. Die Liste des Hausärzterverbandes (Listenfürer Dr. Frank Stüven) stellt fünf Vertreter. Gegenüber der aktuellen VV hat diese Liste drei Sitze verloren. Die neu angetretene Liste der Freien Ärzteschaft (Dr. Silke Lüder) wird zwei Delegierte in die VV schicken. Die Psychiater und Psychotherapeuten (Dr. Hans Ramm) bekommen drei Sitze. Jeweils einen Vertreter stellen die Kinderärzte (Dr. Hans-Ulrich Neumann) und die Liste „Integration“ (Dr. Torsten Hemker).

Zwei der für die psychologischen Psychotherapeuten bestimmten Sitze besetzt die „Allianz“ (Hanna Guskowski). Ein Platz geht an den Listenführer der „Integration“, Claus Gieseke.

„Wir haben eine Wahlbeteiligung von 57,66 Prozent bei den Ärzten und 68,26 Prozent bei den Psychologen, das kann sich sehen lassen“, dankte Späth allen beteiligten Wählern. Die neue VV wird sich voraussichtlich im Januar konstituieren. ([Pressemitteilung der KV Hamburg, 8. Juli](#))

### **KV Bayerns startet Studie zu Dienstleistungen in Arztpraxen**

In dieser Woche starten 200 bayerische Hausarztpraxen mit einer Studie zum Service in den Praxen. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns initiierte die Umfrage. Ärzte und Patienten sollen das nichtmedizinische Angebot in den Praxen beurteilen. Anhand der Ergebnisse will die KV einen Katalog mit praxistauglichen Standards entwickeln, den Ärzte und Patienten als Servicekompass nutzen können.

„Das Thema Service rückt immer stärker in den Blickpunkt. Patienten sind anspruchsvoller. Die Praxen reagieren entsprechend und bieten immer mehr Service an. Deswegen freue ich mich sehr über die hohe Teilnahmebereitschaft unter Bayerns Ärzten. Das zeigt, dass sie dieses Thema ernst nehmen und sich weiterentwickeln wollen“, so der erste stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KV Bayerns, Dr. Gabriel Schmidt. Die Studie führt die KV in Kooperation mit dem Institut für interdisziplinäres Dienstleistungsmanagement der Universität Bayreuth durch. Die Ergebnisse werden im Oktober veröffentlicht. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 12. Juli](#))

### **KV Nordrhein bietet mobile Arztsuche auf dem Smartphone**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein bietet als erste KV Smartphone-Benutzern die Arzt- und Psychotherapeutensuche als mobilen Dienst an. Patienten können sich mit diesem Service beispielsweise den Weg zu einer Praxis erklären lassen oder einen Arzttermin vereinbaren. 19.000 Ärzte und Psychotherapeuten sind im mobilen Dienst verzeichnet. Zudem können sich Benutzer auch Adressen, Sprechzeiten und fachliche Spezifikationen anzeigen lassen. Außerdem gibt es Hinweise, welche Fremdsprachen in welcher Praxis gesprochen werden. ([Pressemitteilung der KV Nordrhein, 13. Juli](#))

### **Über 6.000 Interessierte nahmen an der Präventionskampagne KV Mobil teil**

Nach Berichten des Deutschen Ärzteblattes zieht die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Baden-Württemberg eine positive Bilanz zu der Präventionskampagne KV Mobil. Über 6.000 Besucher kamen zu den Veranstaltungen, um ihren Blutdruck, Blutzucker- und Cholesterinwert und die Lungenfunktion überprüfen zu lassen. Ein besonders großes Interesse zeigten die Besucher an dem Fitnessstest.

Zwischen dem 22. Juni und 2. Juli machte das KV Mobil in sechs Städten in Baden-Württemberg Halt. Interessierte hatten die Möglichkeit, einen Gesundheitsparcours zu absolvieren. Die Gesundheitsaktion der KV Baden-Württemberg fand in diesem Jahr zum achten Mal statt. ([Deutsches Ärzteblatt, 13. Juli](#))

### **Servicetelefon informiert über Arztbesuche im Urlaub**

Die Bürgerinformation der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe stellt den Patienten ab sofort ein kostenloses Servicetelefon zur Verfügung. Patienten, die Fragen rund um den Arztbesuch im Urlaub haben, können sich unter der Telefonnummer 0251/929 27 9000 beraten lassen. Das Infotelefon ist von Montag bis Donnerstag zwischen 8.30–12.00 Uhr und von 13.00–16.00 Uhr sowie freitags zwischen 8.30 und 12.00 Uhr zu erreichen. Das Angebot steht Patienten während der gesamten Reise- und Sommerzeit zur Verfügung. ([Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 12.Juli](#))

## **Aus den Verbänden**

---

### **Krankenkassen haben mehr Geld als erwartet**

„Es ist der guten Arbeit der Krankenkassen zu verdanken, dass im vergangenen Jahr ein Überschuss von rund 1,4 Milliarden Euro erwirtschaftet werden konnte.“ So hat Florian Lanz, Sprecher des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die endgültigen Rechnungsergebnisse kommentiert. Auch die Apotheken haben für die GKV gespart: Rund 850 Millionen Euro hat die Umsetzung der Rabattverträge im Jahr 2009 gebracht, wie aus aktuellen Zahlen des Bundesgesundheitsministeriums hervorgeht. Zusätzlich haben die Apotheken den Krankenkassen noch 1,1 Milliarden Euro Apothekenrabatt gewährt. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben hat sich außerdem im Vergleich zu den vorläufigen Ergebnissen von 1,1 Milliarden Euro auf 1,4 Milliarden Euro erhöht.

Trotzdem erwarten das Bundesgesundheitsministerium, das Bundesversicherungsamt und der GKV-Spitzenverband in diesem Jahr ein Defizit von 3,1 Milliarden Euro. „Um allen Patienten die notwendigen Leistungen zu bezahlen, müssen die einzelnen Krankenkassen das laufende Defizit aus den in der Vergangenheit aufgebauten Rücklagen oder durch Zusatzbeiträge ausgleichen“, sagte Lanz. ([Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 14. Juli](#), [Pressemitteilung der ABDA, 12. Juli](#))

### **DKG fordert Neuordnung der Pflegeaufgaben**

Die Kernkompetenzen der Pflege müssen gestärkt werden. Zu dieser Schlussfolgerung ist eine Studie der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur Neuordnung von Aufgaben des ärztlichen Dienstes gekommen. Der Personaleinsatz im Krankenhaus sei effizienter, wenn die Pflege Aufgaben mit einem höheren Qualifikationsanspruch aus dem ärztlichen Bereich übernehme. Im Gegenzug müssten Pfleger einfache Tätigkeiten wie das Erfassen von Essenswünschen, Körperpflege, Betten beziehen, etc. an Service- und Pflegeassistenten weitergeben. Gleichzeitig machte der DKG-Präsident, Dr. Rudolf Kösters, deutlich, dass zur Änderung der Prozesse im Krankenhaus vor allem die Neugestaltung einer Aufbauorganisation gehöre. „Nur so kann die Neuordnung von Aufgaben des Pflegedienstes zu einem Erfolgsmodell werden“, so Kösters. ([Pressemitteilung der DKG, 7.Juli](#))

### **Hartmannbund: Schwangerschaft darf Ärztinnen nicht Berufsalltag behindern**

Dr. Astrid Bühren, Vorstandsmitglied des Hartmannbundes, hat die derzeitige Umsetzung der Mutterschutzgesetzgebung in Deutschland kritisiert. Denn Ärztinnen erlebten eine Schwangerschaft zunehmend als Hindernis in der Berufsausübung und Karriere. Bühren forderte die Bundesregierung auf, unverzüglich die bereits 2004 vom Deutschen Ärztetag angemahnte Bildung einer Bund-Länder-Kommission zur Modernisierung des Mutterschutzes aufzugreifen. Alltagsbarrieren von schwangeren und stillenden Ärztinnen in Klinik und Praxis – aber auch von Medizinstudentinnen, medizinischen Fachangestellten und Krankenschwestern – müssten identifiziert, evaluiert und sachgerecht reduziert werden. „Am Ende muss eine wissenschaftlich fundierte, moderne und einheitliche Umsetzung der Mutterschutzrichtlinie entstehen, die sich auch an dem Anspruch messen lässt, Familie und Beruf wirklich vereinbaren zu können“, so Bühren weiter. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 13. Juli](#))

## Aus der Welt

---

### Obama kämpft gegen die Verbreitung des HIV-Virus in den USA

Mit einer landesweiten Strategie will der Präsident der USA, Barak Obama, in den kommenden fünf Jahren die Zahl der HIV-Neuinfektionen um 25 Prozent verringern. Durch den ungehinderten Zugang zu hochgradiger lebensverlängernder Fürsorge ohne Stigmatisierung und Diskriminierung solle außerdem die Versorgung und Lebensqualität der Aids-Kranken verbessert werden. Mehr Geld werde es angesichts der Wirtschaftskrise nicht geben. Doch die für HIV-Bekämpfung derzeit ausgegebenen 19 Milliarden Dollar sollten effektiver verteilt werden. Dabei solle Prävention und Risikoaufklärung bei den gefährdeten Gruppen – dazu zählen homo- und bisexuelle Männer, afroamerikanische Männer und Frauen, Immigranten aus Lateinamerika, Drogensüchtige – eine wichtige Rolle spielen. In den USA leben derzeit 1,1 Millionen Menschen mit dem Virus, 600.000 sind bereits an dessen Folgen gestorben und rund 56.000 stecken sich jährlich neu an. „Unser Land ist an einem Scheideweg. Wir erleben derzeit eine Epidemie, die eine erneuerte Kraftanstrengung, gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und Führungskraft erfordert“, schrieb Obama in einer Präambel. ([Deutsches Ärzteblatt, 13. Juli](#))

## Außerdem

---

### Studie: Jeder Dritte fühlt sich nicht selbst für seine Gesundheit verantwortlich

Jeder dritte Deutsche sieht die Verantwortung für seine Gesundheit eher bei anderen als bei sich selbst. Das hat eine repräsentative Studie des Wissenschaftlichen Instituts der Techniker Krankenkasse (TK) für Nutzen und Effizienz im Gesundheitswesen (WINEG) zum Thema Patientenzufriedenheit ergeben. „Besonders beunruhigend finde ich, dass gerade junge Menschen eher auf andere vertrauen, anstatt selbst Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen. Von den 18- bis 30-Jährigen gab dies fast jeder Zweite an“, sagt WINEG-Direktor Dr. Frank Verheyen.

Ob Beschwerden wieder verschwinden ist für viele Menschen eine Schicksalsfrage. So schreibt es mehr als jeder Vierte eher Glück oder Pech zu, ob er im Krankheitsfall wieder gesund wird. Dabei hängt der Therapieerfolg bei vielen Diagnosen tatsächlich stark davon ab, wie gut der Patient mitarbeitet: „Insbesondere bei chronischen Leiden wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes ist es entscheidend, dass der Patient in der Therapie eine aktive Rolle übernimmt. Das beeinflusst nicht nur den Verlauf der Krankheit und den Behandlungserfolg positiv“, betonte Verheyen. ([Pressemitteilung der TK, 14. Juli](#))

### KOMPAKT- Zahl der Woche: 1.414.000.000

Etwa 1,41 Milliarden Packungseinheiten mit Arzneimitteln im Wert von insgesamt 37,83 Milliarden Euro wurden im Jahre 2009 umgesetzt. 4,35 Milliarden Euro davon gaben die Deutschen allein für rezeptfreie Arzneimittel aus, die sie nicht vom Arzt verordnet bekommen haben. ([Gesundheitsberichterstattung des Bundes, 9. Juli](#))

## Aus dem Terminkalender

---

06.07.10 – 26.07.10	Wahl der Vertreterversammlung KV Baden-Württemberg
11.08.10	Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt Magdeburg, 15.30 Uhr
16.08.10 – 27.08.10	Wahl der Vertreterversammlung KV Thüringen
16.08.10 – 09.09.10	Wahl der Vertreterversammlung KV Sachsen-Anhalt
18.08.2010	Vertreterversammlung der KV Saarland Saarbrücken , 16 Uhr
25.09.10	<u><a href="#">Kooperationstagung „Demenz – Strategien für eine gemeinsame Versorgung“</a></u> Berlin, 10 – 16.30 Uhr

## Aus der Presse

---

### Ärztmangel auf dem Land – ein Problem in Baden-Württemberg

Doktor Kneise sucht bereits seit zwei Jahren einen Nachfolger für seine Praxis – ohne Erfolg. Dabei möchte er sich zur Ruhe setzen, nach 30 Jahren als Landarzt im baden-württembergischen Bischweier. Obwohl die 3.200-Seelengemeinde nahe der Autobahn, der Städte Baden-Baden und Karlsruhe und der dortigen Arbeitsplätze sowie dem kulturellem Angebot gelegen ist, wird Kneise seine Praxis nicht los. Der KBV zufolge fehlen derzeit 3.600 niedergelassene Ärzte, vor allem in ländlichen Regionen. Fast 20 Prozent der Vertragsärzte sind bereits älter als 60 Jahre. Bis 2015 müssen gut 40.000 Ärzte ersetzt werden. Für den Ärztemangel macht die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Baden-Württemberg die finanzielle Situation der Ärzte verantwortlich, die sich im Südwesten verschlechtert habe. Zudem hätten das Regressrisiko und der bürokratische Aufwand die Attraktivität des Berufes gesenkt. Über Abrechnungskodes und Behandlungspauschalen klagt auch Doktor Kneise. Die Tätigkeit als Landarzt und zugleich auch Seelsorger der Dorfgemeinschaft mit nächtlichen Bereitschaftsdiensten und Altenheimbesuchen macht ihm dagegen nicht zu schaffen. Schließlich bekomme er viel für seine Arbeit zurück, nämlich Respekt, Anerkennung oder Marmelade und Eier von seinen Patienten.

Die junge Medizinstudentin Petra aus Dresden kann sich den Arbeitsalltag auf dem Land vorstellen. Sie hat das Angebot der KV Sachsen angenommen und bekommt monatlich 300 Euro dafür, dass sie nach ihrem Studium für mindestens vier Jahre in einem unterversorgten Gebiet arbeitet. Allerdings könne sie sich auch andere Sachen vorstellen, Tätigkeiten mit ein wenig Abwechslung, berichtet die 24-Jährige. ([Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli](#))

### Ärzte sollen ambulante Versorgungszentren leiten

Die Patiomed AG möchte in den nächsten zehn Jahren 70 ärztlich geleitete Versorgungszentren gründen oder betreiben. Dr. Thomas Gardain, der Vorstandsvorsitzende der Patiomed, berichtete in Berlin über die Ziele der ärztlichen Versorgungszentren: Die Ärzte sollen in den Zentren idealerweise freiberuflich arbeiten. Die Patienten können sich dort ihren Arzt frei aussuchen. Mediziner, die voll- oder teilzeit in den Zentren arbeiten, sollen gute Karriereöglichkeiten haben. Zudem möchte Patiomed mit den ambulanten Zentren neue Versorgungsangebote, beispielsweise

in medizinisch unterversorgten Regionen, schaffen. Die Behandlung der Patienten soll leitlinienorientiert sein, und die Zentren sollen als Qualitätsmarke etabliert werden.

Wie das Deutsche Ärzteblatt berichtet, gründeten die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) 2008 die Aeskulap-Stiftung, die ärztliche Aus- und Weiterbildung fördert. Diese Stiftung ist über ihre Tochtergesellschaft KVmed indirekt an der Patiomed beteiligt. Auch der KBV-Vorstand, Dr. Carl-Heinz Müller, der Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung ist, begrüßte die Ziele der Patiomed: „Wir wollen einer zunehmenden Fremdbestimmung der ärztlichen Tätigkeit in MVZ-Strukturen (Medizinische Versorgungszentren), deren Träger sich primär an Renditezielen orientieren, etwas entgegensetzen.“ Er betonte, dass Patiomed ein Unternehmen von Ärzten für Ärzte sei.

Mediziner, die in Versorgungszentren von Patiomed arbeiten, müssen nicht in Immobilien und Geräte investieren. Patiomed übernimmt hierfür die Kosten, erläuterte Gardain. Dies sei gerade für junge Ärzte attraktiv, die keine eigene Praxis betreiben möchten. Mediziner können in den Versorgungszentren der Patiomed alle sozialrechtlich zulässigen Formen ihres Berufes ausüben. Das heißt, sie können in einer Gemeinschaftspraxis oder Praxisgemeinschaft, in einer Partnergesellschaft oder auch in Einzelpraxen die Patienten behandeln. ([Deutsches Ärzteblatt, 9. Juli](#))

### Neue Nummer für ärztlichen Bereitschaftsdienst

Zur bundesweiten Vermittlung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes richten die KBV und die Kassenärztlichen Vereinigungen ab dem kommenden Jahr eine neue Rufnummer ein. Darüber hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet. Unter 116 117 können sich Bürger außerhalb der normalen Praxiszeiten an einen Arzt in ihrer Umgebung vermitteln lassen – entgeltfrei aus den Fest- und Mobilfunknetzen. Diese Telefonnummer ist nicht mit der Notfallnummer zu verwechseln: Unter 112 können Bürger in dringenden, lebensbedrohlichen Fällen Hilfe rufen. Die Zuteilung der neuen Nummer erfolgte durch die Bundesnetzagentur. ([Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juli](#))

### Ärztemangel: Köhler spricht sich für kleinräumigere Bedarfsplanung aus

Das oberste Beschlussgremium von Ärzten, Kliniken und Krankenkassen, der Gemeinsame Bundesausschuss, will sich mit dem Thema Ärztemangel befassen, der vor allem in ländlichen Gebieten droht. Entsprechende Schritte zur Lösung des Problems hatte ebenso Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) angekündigt. Die KBV fordert angesichts des drohenden Ärztemangels eine umfassende Reform. Der KBV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Andreas Köhler, sprach sich hierbei für eine kleinräumigere Bedarfsplanung aus. „Alle Maßnahmen müssen so ausgerichtet sein, dass auch mit einer kleineren Zahl von Ärzten eine Versorgung auf hohem Niveau gewährleistet werden kann“, sagte der KBV-Chef. Es gelte den Arztberuf attraktiv zu machen und damit die flächendeckende Versorgung zu erhalten. Dazu seien bessere Arbeitsbedingungen für Ärzte, ein Bürokratieabbau und angemessene Honorare notwendig. (Agenturmeldung, 14. Juli)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: [fknoeppke@kbv.de](mailto:fknoeppke@kbv.de), [imohr@kbv.de](mailto:imohr@kbv.de), [agromes@kbv.de](mailto:agromes@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>